

Der Fall VAW

Die Viag-Tochter schiebt die Verantwortung ab

Von Peter Belli

Quelle: DIE ZEIT, 48/1999

Lautawerk in [Sachsen](#), ein Ort wie viele andere, ein Ort des Grauens.

[Hermann Göring](#) braucht Kampfflugzeuge für die Luftwaffe - ohne große Mengen Aluminium ist das nicht zu schaffen. In der Niederlausitz mit ihren Braunkohlevorkommen arbeitet seit 1918 die Hütte Lautawerk der Vereinigten Aluminium-Werke (VAW), die Nazis machen das Staatsunternehmen zu einem zentralen Rüstungsbetrieb. Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene sichern die Produktion.

Sie arbeiten unter unmenschlichen Bedingungen in der Tonerdefabrik, in der Aluminiumhütte und in der Gießerei. Karge Rationen und schlechte Unterbringung haben eine hohe Sterblichkeit zur Folge. Die gewaltige Hitze in der Gießerei lässt viele endgültig umkippen. Sie werden in Massengräbern im Wald verscharrt.

Die Aluminiumhütte Lautawerk gibt es nicht mehr, aber VAW hat als Privatunternehmen überlebt. Nur: Auf der Liste der Unternehmen, die sich an der Stiftung der deutschen Industrie zur Entschädigung von Zwangsarbeitern beteiligen, sucht man das Kürzel vergeblich. Gleiches gilt für den (ebenfalls privatisierten) Viag-Konzern, zu dessen Tochtergesellschaften die VAW seit dessen Gründung 1923 gehört.

Dabei war die VAW eine der größten Nutznießerinnen der NS-Zwangsarbeit. In Deutschland sowie in den besetzten beziehungsweise angeschlossenen Gebieten betrieb sie acht Aluminiumhütten und Hilfsbetriebe. Von Töging am Inn über Grevenbroich ([Niederrhein](#)), Lünen (Westfalen) und Schwandorf in der Oberpfalz bis nach Pettau im heutigen Slowenien kamen an die 20 000 Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene bei VAW zum Einsatz.

Mit bis zu 50 Prozent lag der Anteil an Zwangsarbeitern deutlich über dem Reichsdurchschnitt. Stammwerk und Herzstück des Konzerns war das Lautawerk, eine Aluminiumhütte mit eigener Aluminiumoxid- und Elektrodenfabrik. Allein hier mussten über 5400 Zwangsarbeiter für den Rüstungskonzern fronen. Die meisten von ihnen kamen wohl aus der [Ukraine](#), überwiegend aus Saporoshje am Dnjepr (heute: Saporishshja). Dort gab es eine Aluminiumhütte, die zum Kombinat Dnjeprgroß gehörte. Die Region war hoch industrialisiert, die Deutschen hatten deshalb leichtes Spiel, als es darum ging, die vielen tausend Industriearbeiterinnen und Industriearbeiter vor Ort zu sammeln und ins Reich abzutransportieren.

Allein zwischen dem 13. April und dem 30. Juni 1942 wurden 48 740 Menschen (26 196 Männer und 22 544 Frauen) aus Saporoshje in Viehwaggons zum Arbeitseinsatz nach Deutschland gebracht. Viele der Deportierten waren noch nicht 14 Jahre alt. Zielbahnhöfe waren Hannover, [Berlin](#), Halle

(Saale), Nürnberg, Köln, [Frankfurt am Main](#), [München](#) und [Dresden](#). Dresden war Verschiebebahnhof für das Lautawerk. Dort entluden die Züge aus dem Osten ihre Menschenfracht direkt auf das Werkgelände, wo mehrere Gefangenenlager aufgebaut waren.

Juden, die umkamen, wurden im Wald hinter dem Werk verscharrt. Ihre Leichen mussten nach Kriegsende von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern des Ortes wieder ausgegraben werden und wurden auf dem Friedhof der Werksiedlung Lautawerk-Süd bestattet. Im Ort gab es inszenierte Hinrichtungen. Noch am 5. Januar 1945 wurde ein polnischer Zwangsarbeiter gehängt. Er hatte einen Fluchtversuch unternommen, seine Leiche hing tagelang zur Abschreckung für jedermann sichtbar am Galgen.

Im September 1944 war Lautawerk erstmals Ziel alliierter Luftangriffe. Zum Jahreswechsel wurden Durchhalteparolen an die Belegschaft ausgegeben: "Mit Zuversicht und Glauben an die gerechte deutsche Sache wollen wir das Jahr 1945 beginnen." Unterzeichner war "Unternehmensführer" Ludger Westrick, als Wehrwirtschaftsführer dem engen Kreis um Hermann Göring zugehörig - und nach dem Krieg Staatssekretär im Bonner Wirtschaftsministerium unter [Ludwig Erhard](#). Als Erhard Kanzler wurde, blieb Westrick als Kanzleramtsminister mit von der Partie, womit er die Nachfolge Hans Globkes antrat.

Bis zum 15. März 1945 folgten fünf weitere Angriffe auf Lautawerk. Da sich ein Großteil der Gefangenenlager direkt auf dem Werkgelände befand, kamen viele Zwangsarbeiter zu Tode, besonders unter den so genannten Ostarbeitern.

Es galt die Anweisung der VAW: "Den Ausländern ist grundsätzlich das Betreten der Luftschutzstollen verboten."

In den sechs Kriegsjahren wurden im Lautawerk insgesamt 5419 Zwangsarbeiter aus Polen, der UdSSR, dem Baltikum, aber auch aus Italien, Frankreich und Belgien registriert. Beim letzten Lagerappell am 12. April 1945 zählte man noch 2450. Selbst wenn man annimmt, dass viele von ihnen spätestens nach der Besetzung durch die Rote Armee fliehen konnten, bleibt doch eine große Anzahl von Zwangsarbeitern, über deren Schicksal man nichts weiß.

Bleibt die Frage, wann sich die Unternehmen der Viag-Gruppe ihrer Verantwortung stellen. Die VAW steht auf dem Standpunkt: "Fragen der Entschädigung von Zwangsarbeit bei der VAW werden von unserer Muttergesellschaft [Viag](#) behandelt." Doch auch da wird abgewimmelt. "Da die Viag im Rahmen des Fusionsprozesses auf die [Veba](#) verschmolzen wird, stellt sich für sie die Frage eines Beitritts zum Entschädigungsfonds nicht mehr."

Die Veba ist Mitglied der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft - man darf gespannt sein, ob sie als Folge der Fusion den doppelten Beitrag abliefern wird.

Der Autor ist Archivar und lebt in Berlin. Er hat sich in seiner Diplomarbeit ausführlich mit der Geschichte des Lautawerks befasst